

# **JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK**

herausgegeben vom Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik  
an den österreichischen Universitäten

vol. XXIX 3–2013

## **GUTES LEBEN FÜR ALLE Ein europäisches Entwicklungsmodell**

Schwerpunktredaktion: Andreas Novy

mandelbaum *edition südwind*

## Inhaltsverzeichnis

- 4      ANDREAS NOVY  
Quo Vadis, Europa? – Von der Peripherie lernen
- 9      KARIN FISCHER  
Peripherisierung, Industrialisierung und Abhängigkeit:  
die Frage nach den Hemmnissen gelungener Entwicklung
- 34     JOACHIM BECKER, JOHANNES JÄGER, RUDY WEISSENBACHER  
Abhängige Finanzialisierung und ungleiche Entwicklung:  
Zentrum und Peripherie im europäischen Integrationsprozess
- 55     ELISABETH SCHMID  
Theorien zum guten Leben
- 77     ANDREAS NOVY  
Ein gutes Leben für alle – ein europäisches Entwicklungsmodell
- 105    Rezensionen
- 112    Schwerpunktredakteur und AutorInnen
- 115    Impressum

ANDREAS NOVY

## Ein gutes Leben für alle – ein europäisches Entwicklungsmodell

Aufmerksamen BeobachterInnen wird es nicht entgangen sein, dass in den letzten Jahren immer öfter vom guten Leben die Rede ist. In Lifestylemagazinen, aber auch im Feuilleton finden sich Beispiele gelungenen Lebens und philosophische Überlegungen zu einer Lebensführung jenseits eines Mehr-und-Mehr oder Schneller-und-Schneller. Als politischen Slogan finden wir das gute Leben bei so unterschiedlichen Organisationen wie Attac, der Grünen Bildungswerkstatt, der IG Metall und feministischen Gruppen (Knecht et al. 2013). Ist das Interesse für das gute Leben bloß eine Mode oder eröffnet dieses Konzept den Raum für eine Suchbewegung, die nicht nur Alternativen zum Neoliberalismus anbietet, sondern langfristig den Weg zu einer ganz anderen Gesellschaft weist?

Der vorliegende Text geht ebendieser Frage nach und zeigt, aus lateinamerikanischen Erfahrungen und Theorien lernend, Perspektiven für gesellschaftsveränderndes Handeln in Europa. Dies erfolgt in Form des didaktischen Dreischritts von „Ist – Soll – Tun“ (Boff 1984; Novy/Lengauer 2008): Eine fokussierte Analyse der aktuellen politökonomischen Situation (Abschnitt 1) und eine konkrete Utopie (Abschnitt 2) bilden den Ausgangspunkt für politische Handlungsstrategien in Abschnitt 3 (Fiori 1995: 11ff; Novy 2000; Jessop 2007: 133). Ich sehe ein *gutes Leben für alle* als „reale Möglichkeit der Geschichte“ (Bloch 1959: 285), etwas, das machbar ist. Es ist eine Idee mit Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, die das „Morgen im Heute“ (Bloch 1959: 1627) identifiziert. Sie kann handlungsleitend für ein europäisches Entwicklungsmodell im 21. Jahrhundert sein, wenn es um eine ökologisch sensible Transformation des europäischen Wohlfahrtskapitalismus geht (Novy 2012).

## 1. Die Dysfunktionalität des Neoliberalismus als Chance

Meine Konjunkturanalyse basiert auf der durchaus optimistischen Annahme, dass der Neoliberalismus zum Scheitern verurteilt ist. Er ist meines Erachtens deshalb zum Scheitern verurteilt, weil er anderen Formen von Kapitalismus, insbesondere reaktionären und progressiven Formen von Staatskapitalismus, unterlegen ist. Kapitalismus ist nun wahrlich keine moralische Ökonomie und weit davon entfernt, ein *gutes Leben für alle* zu ermöglichen. Kapitalismus gewinnt seine Kraft aus dem ständigen Streben, Mensch und Natur immer weitergehend verwertbar, das heißt „zu Geld“ zu machen. Eben diese Trennung von ökonomischem Wert und moralischer Bewertung, von Tausch- und Gebrauchswert sowie von Wertebene und stofflicher Ebene gehört zum Wesen des imposanten kapitalistischen Fortschritts. Und gerade wenn wir Kapitalismus überwinden wollen, darf seine Fähigkeit zu Fortschritt auch im Sinne eines besseren Lebens nicht unterschätzt werden. Nur zu oft schöpfte kapitalistische Entwicklung ihre Dynamik aus jener mephistotelischen Macht, die stets das Böse will und doch auch Gutes schafft. Die Prioritäten sind allerdings klar: Solange der Kapitalkreislauf nicht stockt, sind Hunger und Klimawandel kein Sand im Getriebe einer Klassengesellschaft, die allfälligen Mangel „löst“, indem die Zahl der Exkludierten steigt. Das ist auch die Fehleinschätzung von UmweltökonomInnen des Nordens, die die zugrunde liegenden Machtverhältnisse im gegenwärtigen Ressourcenverbrauch ausblenden: Unser Lebensstil ist noch einige Zeit aufrechterhaltbar, wenn nur ausreichend andere exkludiert werden können. Doch genau dies akzeptieren die Schwellenländer nicht länger.

Langfristig jedoch tendiert das Kapital dazu, bei fehlenden Begrenzungen seine eigenen systemrelevanten Grundlagen zu untergraben und autodestruktiv zu werden. Ökonomien allgemein und Kapitalismus damit ebenso benötigen gesellschaftliche Einbettung und gesellschaftliche Regulierung. Für Karl Polanyi (1978) sind es entfesselte Marktkräfte, die in den 1930er Jahren durch Faschismus, Kommunismus und Reformpolitik eingebettet wurden. Für John Maynard Keynes ist es der Finanz- und Rentierskapitalismus, dem staatliche Regelungen Grenzen setzen müssen. Marx geht einen Schritt weiter in der Kritik einer Produktionsweise, die zur privatisierten Aneignung kollektiv hergestellter Wertschöpfung führt. Er sieht die Notwen-

digkeit einer Transformation, die kein Zurück zu alten Formen der Einbettung ist, sondern ein Vorwärts zu einer Gesellschaft der Freien und Gleichen.

Seit Jahren weisen NeoliberalismuskritikerInnen (Brenner et al. 2005; Theodore/Peck 2012) auf die ideologische Beweglichkeit und den politischen Opportunismus neoliberalen Regierens hin. Sie sprechen deshalb von Neoliberalisierung als einem Prozess des fortgesetzten Krisenmanagements statt von Neoliberalismus als freihändlerischem, marktfreundlichem und anti-staatlichem Theoriegebäude. Trotz seiner Beweglichkeit erweist sich der Neoliberalismus als unfähig, soziale und territoriale Kohäsion und damit ein „spatial fix“ (Harvey 1985) herzustellen. Es fehlt die Kohärenz von kurz- und langfristigen, privaten und öffentlichen Entscheidungen. Mit sinkender Kaufkraft am Binnenmarkt, fallender Rentabilität langfristiger Investitionen und abnehmender internationaler Wettbewerbsfähigkeit untergräbt der Neoliberalismus systemrelevante Grundlagen der Akkumulation. Hierin unterscheidet er sich nicht vom „entfesselten“ liberalen Kapitalismus vor 1929: „We have always known that heedless self-interest was bad morals; we know now that it is bad economics. Out of the collapse of a prosperity whose builders boasted their practicality has come the conviction that in the long run economic morality pays“ (Roosevelt 1937). Neoliberalismus ist auch innerhalb des Kapitalismus „bad economics“ – das zeigte sich nicht nur in den 1920er Jahren, sondern erneut mit der neoliberalen Strukturanpassungspolitik in Lateinamerika in den 1980er und 1990er Jahren. Um die Abwertung der nationalen Währung zu verhindern und damit Vermögen zu sichern, braucht es – wie in Brasilien bis 1998 und in Argentinien bis 2001 – stagnationserzeugende Maßnahmen: hohe Zinsen, Senkung der Importe oder Reduktion von Löhnen und Staatsausgaben. Die damit verbundene Kaufkraftdrosselung senkt allerdings die Steuereinnahmen – und so führt neoliberale Austeritätspolitik in der Regel zu steigenden Budgetdefiziten. Außenwirtschaftliche Ungleichgewichte, Verlust von Marktanteilen und Rezession mit all dem damit verbundenen menschlichen Leid sind die Folge.

In Lateinamerika herrschte in den 1990er Jahren Katerstimmung. Der Wendepunkt kam 1998 mit dem Wahlsieg von Hugo Chávez. Die in der Folge in vielen Ländern an die Macht kommenden Reformregierungen stärkten den Binnenmarkt, festigten die nationale Souveränität über natürliche Ressourcen und weiteten soziale Dienstleistungen aus.

Diese Maßnahmen beflügelten das Wirtschaftswachstum, erleichterten die Budgetkonsolidierung und verringerten die außenwirtschaftlichen und finanziellen Abhängigkeiten, verschärften aber auch ökologische Konflikte durch eine Politik des Neoextraktivismus (Novy 2008). Die neuen Machthaber verwirklichten in Zeiten so genannter Globalisierung – unterstützt durch steigende Rohstoffpreise – eine Einbettung entfesselter Marktkräfte, die dem neoliberalen Kapitalismus selbst in Bezug auf jene Kennzahlen überlegen ist, an denen sich Neoliberale gerne messen: Wirtschaftswachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Staatsverschuldung.

Europa hingegen leidet unter seinem Politikmodell der European Governance, einer weltweit einzigartigen Form geteilter Souveränität zwischen den Mitgliedsstaaten und den europäischen Institutionen. Die europäischen Nationalstaaten sind im Weltmaßstab zwar ökonomisch weiter bedeutsam, geographisch und demographisch aber Provinzen, und es erschwert Politiken autozentrierter Entwicklung, dass die jeweiligen Produktivsysteme und Finanzkapitalverflechtungen weit über die engen nationale Grenzen hinausgehen (vgl. Joachim Becker, Johannes Jäger und Rudy Weissenbacher in diesem Heft). In Europa könnte über Multilevel-Governance (Hooge/Marks 2010) im besten Fall ein auf mehreren Ebenen organisiertes Gemeinwesen konstituiert werden, das kontextangepasstes Wirtschaften und Leben ermöglicht. De facto herrscht ein durch „scalar mismatch“ (Martinelli/Novy 2013: 311f) hervorgerufenen Kompetenzwirrwarr, das politisches Handeln erschwert: zentrale Geldpolitik und Fiskalregeln, dezentrale Vergabe der Mittel und nationale Sozial- und Umweltpolitik. Kein Territorium der Welt ist so nachhaltig und negativ von der 2008 einsetzenden Krise betroffen wie Europa. Diente die neoliberale Strategie ursprünglich bewusst der Aushöhlung politischer Gestaltungsräume (Apeldoorn et al. 2009), beobachten wir zurzeit eine Lähmung, die auch den Zerfall der EU möglich erscheinen lässt (Krastev 2013).

War die Krise nach 1929 eine systemische Krise, die aber die Hegemonie des nordatlantischen Kapitalismus bewahrte, so erschüttert die gegenwärtige Krise nicht nur die politökonomische, sondern auch die jahrhundertelange kulturelle Dominanz des Westens. Für Europa ist dies neu, denn über 500 Jahre profitierte der europäische Kapitalismus von seiner Außenorientierung (Missionierung, Kolonialisierung) und einer – wenngleich immer selektiven – Politik des freien Welthandels (klassischer Impe-

rialismus oder moderne Formen von Good Governance). Über die letzten drei Jahrzehnte jedoch hat die mit Margaret Thatcher begonnene fortgesetzte Schwächung sowohl der industriellen Basis als auch der Massenkauflkraft die Wettbewerbsfähigkeit Europas nachhaltig untergraben und den Aufstieg Asiens beschleunigt (UNDP 2013).

Ohne auf die Einschätzung des chinesischen Entwicklungsweges im Detail einzugehen (Arrighi 2008; Dunford/Yeung 2010), scheint die Dynamik peripher-kapitalistischer Entwicklung ebenso wie die Erosion westlicher Hegemonie ungebrochen (Arrighi 2005a, 2005b). Heute gibt es in den Schwellenländern und den lateinamerikanischen Staaten den Willen, soziale und wirtschaftliche Entwicklung durch staatliche Steuerung zu lenken. Binnenmärkte wachsen, während sie in Europa schrumpfen. Infrastrukturen werden ausgebaut, während in Europa öffentliche Investitionen reduziert werden. Dies trifft mittlerweile auch Schlüsselindustrien wie die Software- und Automobilindustrie, deren Produktion und Verkauf zunehmend verlagert werden. Wäre der europäische und US-amerikanische Kapitalismus heute weltweit ähnlich dominant wie in den 1930er Jahren, wäre eine tiefe globale Depression wahrscheinlich. Da aber der Globale Süden die jahrhundertealte Hierarchie von Zentrum und Peripherie gerade verändert (UNDP 2013: 13), hält die Rezession im Norden an, ohne in eine globale Krise zu kippen.

Ich sehe keine Endkrise des Kapitalismus, sehr wohl aber eine tiefe, vielleicht finale Erschöpfung des europäischen Kapitalismus. Immer breitere Bevölkerungsgruppen und Kapitalfraktionen spüren die neoliberalen Dysfunktionalitäten. Die Vertiefung des europäischen Binnenmarktes hat vor allem die Wirtschaftskraft der Zentren, allen voran Deutschlands, aber auch Österreichs gestärkt. Das „Exportwunder“ der einen entsprach vor 2008 weitgehend dem „Importtausch“ der anderen. Nun ist zu beobachten, dass der Kaufkraftrückgang an der Peripherie Auswirkungen auf die Exportwirtschaft des Zentrums hat. So ist zu erwarten, dass die ungleiche Entwicklung im gesamten europäischen Produktivsystem, das heißt inklusive der exportorientierten Zentrumsökonomien, zu destruktiven Dynamiken führen wird. Nicht nur große Teile der Mittel- und Unterschichten in allen Teilen Europas, sondern auch kleinere Unternehmen, die vorrangig auf lokale und nationale Märkte ausgerichtet sind und außerdem unter dem erschwerten Zugang zu Krediten leiden, haben ein Eigeninteresse an einem Kurswechsel.

Dies führt zu zunehmend polarisierten Strategien. Zum einen gibt es die rechten Antworten, die die Lösung darin sehen, eine Exklusion bestimmter Bevölkerungsgruppen und Territorien zu akzeptieren oder sogar anzustreben. Das neoliberale Mainstream-Modell wird von einem sich kosmopolitisch legitimierenden Lager betrieben. Ihm geht es um die Schaffung eines europäischen Machtraums, der die Wirtschaftspolitik demokratischer Entscheidung entzieht (Krastev 2013). Dieses zentralisierte, europäische Wettbewerbsprojekt soll mit staatsähnlichen Strukturen seinen Ressourcenbedarf notfalls auch militärisch sicherstellen. Dabei wird akzeptiert, dass sich Muster ungleicher Entwicklung und Abhängigkeit innerhalb Europas verstärken. ProtagonistInnen dieses Lagers sind EU-Kommissionsvizepräsident Olli Rehn und der Chef der Europäischen Zentralbank Mario Draghi sowie die Mehrzahl der gegenwärtigen nationalen Regierungschefs. Da Neoliberalismus dysfunktional die eigenen Grundlagen, insbesondere den sozialen Zusammenhalt, untergräbt, hat sich in den letzten Jahren ein rechts-autoritäres Modell herausgebildet. Ungarns Premier Victor Orban setzt auf das klassische Territorialkonzept eines starken Nationalstaats, der seine Interessen gegen internationale Banken und Konzerne durchsetzt und gleichzeitig sozialen Zusammenhalt in Abgrenzung gegen „SozialschmarotzerInnen“, Roma und Andersdenkende gewährt. Je nach Opportunität werden neoliberale oder keynesianische Politikelemente eingesetzt.

Auf der anderen Seite gibt es die europäische Linke mit drei Gruppierungen. Das größte Lager ist die reformistische, ökokeynesianische Strömung, bestehend im Wesentlichen aus SozialdemokratInnen, Grünen und einem Großteil der kosmopolitisch eingestellten Intellektuellen, die auf ökologische Modernisierung und Formen grünen Wachstums setzen. Demokratie, Sozialstaatlichkeit und Ökologisierung sollen europäisiert werden. Das zweite, ebenfalls parteipolitisch organisierte Lager ist eine EU-skeptische, eher etatistische und pro-sozialstaatliche Linke (holländische SozialistInnen, diverse Kommunistische Parteien). Das dritte Lager umfasst eine bewegungsorientierte und libertär-staatskritische Strömung, die grundlegende, über den Kapitalismus hinausgehende Veränderungen in Produktions- und Lebensweise anstrebt und dabei auch auf traditionelle Konzepte wie die Commons zurückgreift.



Diese Gruppierungen sind relativ abgeschottete Milieus mit wenig gemeinsamen taktischen und strategischen Zielsetzungen. Ein auf Sorge und Achtsamkeit aufbauendes solidarisch-ökologisches Modell des *guten Lebens für alle* könnte meines Erachtens Basis für eine milieuübergreifende Utopie sein, die gleichermaßen denjenigen, die im Bestehenden Verbesserungen anstreben, als auch denjenigen, die über kapitalistische Verwertung und eine auf Beschleunigung und Expansion ausgerichtete Lebensgestaltung hinausgehen wollen, Orientierung gibt.

## 2. Ein gutes Leben für alle

Jede Utopie, soll sie wirkmächtig werden, muss an konkrete Traditionen und Erfolge anschließen, sowie Potenziale des Bestehenden identifizieren, die über dieses aktuell Vorhandene hinausgehen (Hartwig 2007). Diese Kombination aus Tradition und Potenzial, diese konkrete Utopie ist für viele im andinen Amerika das *buen vivir*; in Europa ist es – so werde ich argumentieren – der demokratische Wohlfahrtsstaat. Dort und hier wird der „arbeitende, schaffende, die Gegebenheiten umbildende und überholende Mensch“ zum Akteur, der „in der Zukunft verwirklicht, das allen in die Kindheit scheint und worin noch niemand war: Heimat“ (Bloch 1959: 1628). Mit dem *guten Leben für alle* geht es nicht bloß um eine Akzentverschiebung vom Haben zum Sein, sondern um eine kollektive Strategie des Werdens und damit der Entfaltung der Potenziale für ein möglichst langes, kreatives, gesundes und gelungenes Leben für alle. Derartige Strategien sind von Ort zu Ort verschieden und erfordern neben Kreativität auch Organisation und kollektives Handeln. In Lateinamerika kulminierte der Widerstand gegen Exklusion in politischen Allianzen und neuen gesellschaftlichen Mehrheiten. In Europa ist die politische Linke orientierungslos, nicht zuletzt deshalb, weil keine Einigkeit über die Ziele besteht. Ich schlage als Nah- und Fernziel gleichermaßen vor, die im Wohlfahrtsstaat des 20. Jahrhunderts angelegten Möglichkeiten zu verwirklichen. Meiner Einschätzung nach geht es heute in Europa um die Verteidigung und Weiterentwicklung von Demokratie und Wohlfahrtsstaat, basierend auf der Einsicht, dass wir dabei sind, etwas Wichtiges zu verlieren (Judt 2010: 221).

## 2.1 Gutes Leben

Ein gelungenes Leben anzustreben, hat in allen Kulturkreisen das Denken über Wirtschaft und Gesellschaft inspiriert. Mich interessieren in Fortführung der Überlegungen von Elisabeth Schmid in diesem Heft vor allem zwei Kulturkreise. In Europa dreht sich die Diskussion um die grundlegende Frage nach einem gelungenen Leben: Was sind „Maßstäbe und Kriterien gelingenden Lebens“ (Rosa 2009: 90)? Wie viel ist genug (Skidelsky/Skidelsky 2012)? Wie wird ein gutes Leben möglich (Colson/Fickett 2005)? Referenz abendländisch-aufklärerischen Denkens ist hierbei Aristoteles, dessen Überlegungen von Amartya Sen und Martha Nussbaum aufgegriffen wurden und die – im Unterschied zum Liberalismus – von einer „substantiellen Vorstellung des Guten“ ausgeht: Menschen sind nur insofern gleich, „wenn das Leben eines jeden mit Phantasie betrachtet wird und wenn als Folge, dessen jeder das erhält, was er oder sie braucht, um fähig zu sein, ein reiches und im vollen Sinne menschliches Leben zu führen, soweit es die natürlichen Möglichkeiten zulassen“ (Nussbaum 1999: 45). Nussbaum (1999: 49-58) setzt an den „konstitutiven Bedingungen des Menschen“ wie Sterblichkeit, Hunger und Verbundenheit mit anderen Menschen an. Sen orientiert sich mit seinem Fähigkeitsansatz an der Möglichkeit der Selbstentfaltung und der Befähigung, das eigene Leben in Freiheit gestalten, sprich wählen zu können (Sen 1999). In modernen Gesellschaften geht es um das gute Leben des Einzelnen, um „Autonomie und Authentizität, um die Möglichkeit, sich selbst treu zu bleiben“ (Rosa 2009: 95), was private Interpretationen des guten Lebens befördert. Der westliche Individualismus entwickelte sich aber in einer durch scharfe Klassenhierarchien geprägten Zivilisation. Deshalb gab es für einige wenige immer das Privileg, dem jeweiligen Entwicklungsstand entsprechend gut zu leben. Doch dieses privatisierte gute Leben nur für eine Elite führt zu sozialen Auseinandersetzungen zwischen Privilegierten und Masse, was wie Richard Wilkinson und Kate Pickett (2010) gezeigt haben, auch die Lebensqualität der NutznießerInnen schmälert. Ein *gutes Leben für alle* braucht hingegen eine Vorstellung von gesellschaftlichem Zusammenhalt und ökologischer Einbettung, aus der heraus bestimmte Lebensstile und Produktionsmethoden gefördert, andere behindert werden (Skidelsky/Skidelsky 2012: 193).

Von besonderer Bedeutung für die aktuellen Diskussionen ist deshalb die aus Lateinamerika kommende Konzeption eines guten Lebens – im Spanischen *buen vivir*, auf Quechua *sumak kawsay* (Fatheuer 2011: 11; siehe auch Schmid in diesem Heft). Es ist dies eine Kosmvision, eine holistische, Mensch und Natur umfassende Weltanschauung, die von ihren VertreterInnen als Gegenkonzept zum westlich dominierten Konzept von Entwicklung verstanden wird (Gudynas 2012). *Buen vivir* präsentiert sich zumeist als Negation, als Abkehr von all dem, was Entwicklung bis jetzt gebracht hat (Acosta 2013). In dieser Lesart wäre Entwicklung gleichgesetzt mit kapitalistischem Fortschritt, Technologiegläubigkeit und kultureller Vereinheitlichung nach westlichem Zuschnitt (Escobar 2008). Entwicklung und Modernisierung – verkörpert im Straßenbau, in Kraftwerken und Bergbauprojekten – wäre dann das Gegenteil von *buen vivir*. „Buen Vivir ist scharf abgegrenzt von der Idee des *individuellen guten Lebens*. Es ist nur im *sozialen Zusammenhang* denkbar, vermittelt durch die Gemeinschaft, in der die Menschen leben“ (Fatheuer 2011: 20, Herv.i.O.). Indem *buen vivir* die Schattenseiten materialistischer Modernisierung und fragmentierender Individualisierung betont, orientiert es den Widerstand der stark indigen geprägten, oftmals ländlichen Bevölkerung und der mit ihr verbundenen sozialen Bewegungen gegen den neoliberalen Kapitalismus.

Der Ansatz des *buen vivir* bleibt zwar unklar, was die konkreten Strategien des Übergangs vom Neoliberalismus zum guten Leben betrifft. Für mich besticht diese Utopie jedoch durch ihren Ansatz von unten, der sich aus kollektiven Erfahrungen und Kämpfen speist, durch eine holistische und ökologische Sichtweise als Korrektiv zum abendländischen Individualismus und durch die ausdrücklich kontextuelle Herangehensweise – drei Aspekte, die auch für europäische Utopieentwürfe wichtig sind, ohne einfach kopiert werden zu können.

## **2.2 Für alle**

Noberto Bobbio hat eine einfache Unterscheidung von links und rechts vorgeschlagen: Die Rechten stehen für Freiheit, die Linken für Gleichheit, genauer gesagt für die gleiche Freiheit aller und damit für eine Betonung der Bedeutung von sozialen Rechten neben den klassischen Freiheitsrechten (Bobbio 1994: 82). Dies erinnert nicht nur an das liberale Konzept von Sen, sondern auch an Überlegungen von Karl Marx und Friedrich Engels

(1986: 69) zu der „freien Entwicklung eines jeden als Bedingung für die freie Entwicklung aller“. Den Kern des *guten Lebens für alle* bildet demnach die Verbindung von Gleichheit und Freiheit – Gleichfreiheit (Balibar 1993) oder, anders gesprochen, Freiheit für alle (Lipietz 1998).

Das Motto der Regierung Luiz Inácio Lula da Silva war *Brasil para todos* – Brasilien für alle. Es ging Lula um nicht mehr und nicht weniger als der europäischen Sozialdemokratie im 20. Jahrhundert: allen, und nicht nur einem privilegierten Teil der Bevölkerung, die Absicherung vor Lebensrisiken und die Teilhabe an der kapitalistischen Konsumgesellschaft zu ermöglichen. Brasiliens Regierungen der letzten 10 Jahre, wie auch die meisten anderen Reformregierungen Lateinamerikas, betreiben eine Politik der Inklusion. Unabhängig von manchmal radikaler Rhetorik geht es um Staatskapitalismus – um eine bessere Form kapitalistischer Akkumulation. Dies bedeutet eine Fortsetzung einer ökologisch bedenklichen Politik des Extraktivismus und schließt nicht aus, dass – in Anlehnung an Gøsta Esping-Andersons Analyse der schwedischen Entwicklung – eine „happy bourgeoisie“ fortbesteht (Esping-Andersen o.J.). Teile der UnternehmerInnenenschaft profitieren massiv von dieser Politik – aber eben auch die aufstrebende Mittelschicht und vor allem die NiedriglohnbezieherInnen (Pochmann 2012). Die Einkommensungleichheit ist im gesamten Kontinent, im Unterschied zum Trend in den reichen Staaten, deutlich zurückgegangen (OECD 2011; Cornia 2012). Der Kern einer Politik „für alle“ ist die Herstellung der Würde der bis vor kurzem Ausgeschlossenen und die Ermöglichung einer umfassenden Form von *cidadania* (Bürgerschaftlichkeit), die zu gesellschaftlicher Teilhabe über das Wählen hinaus führt. Doch gleichzeitig versucht der *Lulismo* (Singer 2009), Win-win-Situationen zu schaffen und so Polarisierungen und eine Radikalisierung der politischen Rechten zu verhindern.

Im Sinne der oben dargelegten Definitionen vom guten Leben beschränken sich in Lateinamerika für mich die Politikmodelle, die ein *gutes Leben für alle* anstreben, nicht auf den andinen Raum, wo der Naturbezug stärker ausgeprägt ist als im urbaneren Lateinamerika. Die Zielsetzung des brasilianischen Präsidenten Lula, für alle Menschen drei Mahlzeiten täglich zu ermöglichen, fällt ebenso unter dieses Modell wie die Alphabetisierungsprogramme der venezuelanischen Regierung Chávez. Lula und Chávez unterschieden sich in ihrer Wortwahl, ihren Taktiken

und Strategien. Gemeinsam war ihnen, dass sie aus einfachen Verhältnissen kamen, Autodidakten waren, die Armen repräsentierten und – wie die europäische Sozialdemokratie – ökologische Themen als zweitrangig ansahen. Es gelangen ihnen jedoch Erfolge in Bereichen, die von lateinamerikanischen Strukturalisten als Voraussetzung eigenständiger Entwicklung angesehen werden (vgl. Beitrag von Karin Fischer in diesem Heft): eine mittlerweile selbst bei KritikerInnen unbestrittene Sozialpolitik, die den Binnenmarkt stärkt und die Handlungsspielräume im nationalen Produktivsystem ausweitet – bei Chávez durch die staatliche Kontrolle über den Schlüsselsektor Öl, bei Lula durch die Ausweitung der Infrastruktur und Ansätze einer eigenständigen Industrialisierung. Obwohl ihre Reformen verbesserte Lebenschancen für viele brachten – in Zeiten von „Postdemokratie“ (Crouch 2004) vermeintlich eine Unmöglichkeit – sind beide Modelle nicht ohne Widersprüche und fragil, wie sich insbesondere nach dem Tod von Chávez zeigt und wie die Massenproteste in Brasilien während des Confederation-Cups 2013 demonstrieren.

Besonders hart kritisiert wird aus der internationalen Zivilgesellschaft und vom linksradikalen Rand des lateinamerikanischen Parteienspektrums die Umweltpolitik der Reformregierungen. Das unerwartet dynamische Erstarken des lateinamerikanischen Entwicklungsstaats hat in den Städten die perversen Effekte von Automobilisierung und unkontrollierter Immobilienwirtschaft verstärkt, auf dem Land wiederum intensivieren sich die Konflikte um Staudämme, Bahn- und Straßenprojekte und die ökologischen Verwüstungen durch Bergbau und Monokulturen. All dies bestärkt ökologische Kritik und macht das andine *buen vivir* für Teile der globalisierungskritischen Bewegung und der Umweltbewegung zur Realutopie für eine Post-Wachstumsgesellschaft. Ihre VertreterInnen fragen nach der Sinnhaftigkeit, einen Kuchen, der verdorben ist, gerecht zu verteilen. Wenn das höhere Gehalt sofort an den Zapfsäulen ausgegeben wird, sind dann Nulllohnstunden nicht besser fürs Klima? Die Wachstumskritik ist also gleichzeitig Fortschritts- und Zivilisationskritik, Kritik an Massenkultur und Konsumismus (Jackson 2009). Der europäische Konsumismus ist tatsächlich weder ökologisch nachhaltig noch mit weltweiter Gerechtigkeit vereinbar, denn Autobesitz und Fernreise sind nicht für alle sieben Milliarden Menschen möglich. Doch eine weitere, wesentliche Qualität des europäischen Lebensstils, der von den Reformregierungen aufgegriffen

wurde, resultiert von einem öffentlichen Sektor, der die Lebenschancen verbessert und außerhalb kurzfristiger kapitalistischer Verwertungsinteressen organisiert ist: gute und kostenlose Bildung, Gesundheitsversorgung und Altersvorsorge für alle. Der folgende Abschnitt verallgemeinert den für die lateinamerikanische Auseinandersetzung zentralen Gegensatz von *gutem Leben für alle* und Neoliberalismus.

### **2.3 Polanyi oder Hayek?**

Karl Polanyi (1978) kritisierte die zerstörerische Dynamik einer Marktgemeinschaft, in der die sozialen und ökologischen Lebensgrundlagen durch freie Märkte zerstört werden. Seine Hoffnung setzte er in die erneute Einbettung ökonomischer Prozesse durch Reformpolitik. Für Friedrich August von Hayek (1978) dient der Neoliberalismus der Etablierung einer „Verfassung der Freiheit“, die den Status Quo politischer und ökonomischer Macht stabilisiert. Die Wahl der Mittel erfolgte seit den 1970er Jahren in der Praxis durchaus opportunistisch: Bei Bedarf – wie in Chile unter Augusto Pinochet – diktatorisch, in anderen Fällen mit marktfreundlicher Regulierung oder aber Bankenrettungs- und Industriesubventionierungsprogrammen. Für David Harvey (2005) ist Neoliberalismus ideologischer „Klassenkampf von oben“. Als politisches Projekt ist er vor allem *gegen* etwas gerichtet: gegen eine durch Menschen in einem bestimmten Territorium gestaltete, humane und gerechte Gesellschaft, wie sie zuerst in lokalen Experimenten und nach dem zweiten Weltkrieg im großen Stil als Wohlfahrtskapitalismus im Norden und nationalem Entwicklungsstaat im Süden umgesetzt wurde.

Beide, Karl Polanyi und Friedrich August von Hayek, waren beeindruckt vom Roten Wien der 1920er Jahre – für den einen ein Beispiel der Einbettung ökonomischer Prozesse, für den anderen ein Schritt in die Knechtschaft (Peck 2008: 9). Und wie halten wir es mit dem Roten Wien und dem Wohlfahrtsstaat als Versuche, ein *gutes Leben für alle* zu ermöglichen? Sind sie zentrale historische Bezugspunkte, positive Referenzen? Für die Rechte, sei es in der rechts-autoritären Variante oder im neoliberalen Mainstream, ist die Antwort klar: Ihr Projekt ist nur für wenige. Die Linke hingegen ist seltsam ambivalent, wie ich anhand des Journals für Entwicklungspolitik 3/2012, das sich ebenfalls dem Thema der Transformation widmet, beispielhaft zeigen möchte. So gibt es im Text von Birgit

Daiber (2012: 15) ein klares Bekenntnis zu Entwicklung und Wohlfahrtsstaat: „Making development possible requires a welfare state, a democratic state under the rule of law that is functional and powerful, and provides legal and civic security as well as access to the vital goods and services for the population.“ Daiber setzt damit den Rahmen für eine sozialökologische Transformation hin zu einem *guten Leben für alle*, das sich von rechten Ansätzen des Autoritarismus, der Exklusion und Privatisierung abgrenzt. Die weiteren Texte des Hefts schweigen jedoch über die Erfolge der Armutsbekämpfung und den beginnenden Aufbau wohlfahrts- und entwicklungsstaatlicher Strukturen in Lateinamerika. Vielmehr orten sie eine exzessive Staatszentrierung der traditionellen Linken, ein Ausblenden ökologischer Probleme und konstatieren eine „developmental illusion“ (Svampa 2012: 52). Maristella Svampa (2012: 56) sympathisiert daher mit einem dritten Weg, der gleichermaßen den neoliberalen und den neoentwicklerischen „Commodities Consensus“ (Svampa 2012: 55) ablehnt; Edgardo Lander (2012: 76) bezieht sich affirmativ auf Walter Mignolos Unterscheidung in „the left, the right, and the decolonial“. Es bleibt nach einer eingehenden Kritik linker Realpolitik durch die lateinamerikanischen AutorInnen unklar, ob rechts und links noch relevante Kategorien sind. Auch die abschließenden Ausführungen von Ulrich Brand (2012a) bleiben abstrakt. Dies verwundert nicht, grenzt er sich doch explizit vom Konzept eines „grünen Sozialismus“ ab (Candeias 2012), weil dieser Wohlfahrtsstaat und Fordismus nicht ausreichend problematisiert (Brand 2012b: 115). Brand spricht vom *American/European Way of Life* als „oligarchical mode of living“ (Brand 2012a: 130) bzw. von der „imperialen Lebensweise“ (Brand 2012a: 131), um zu benennen, wie sich Herrschaftsbeziehungen auch in Lebensstilen wiederfinden. Die ungleiche Entwicklung von Zentrum und Peripherie, mit der sich der lateinamerikanische Strukturalismus und die Dependenztheorie eingehend beschäftigen (vgl. den Beitrag von Fischer in diesem Heft), drückt sich auch in bestimmten Lebensweisen aus. Dem Konzept der „imperialen Lebensweise“ fehlt aber der Bezug zu einer imperialen Produktionsweise, das heißt der kapitalistischen Weltwirtschaft mit ihrer aktuell auch EuropäerInnen zu VerliererInnen machenden Dynamik. So wird in allen Ländern der Welt von einzelnen „imperial“, das heißt „über die Verhältnisse“ gelebt. In Europa, wo das Erreichte erodiert, Abstiegsängste Realität werden und neoliberale EntscheidungsträgerInnen erneut

eine Gesellschaft „für einige“ schaffen, scheint das Konzept der „imperialen Lebensweise“ zunehmend „fora do lugar“ (Cardoso 1993), also unpassend. Richtet es sich nämlich – im Sinne der Kritik einer „Arbeiteraristokratie in den Zentren“ – an die europäische Mittel- und Unterschicht, so produziert dies entweder ein schlechtes Gewissen aufgrund von Komplizenschaft oder bestärkt diejenigen konservativen UmweltökonomInnen, die meinen, alle EuropäerInnen hätten den Gürtel enger zu schnallen. Wenn imperiale Ausbeutungsverhältnisse thematisiert werden sollen, müsste das Konzept – von Lateinamerika lernend – an die in diesem Heft besprochenen Theoriestränge ungleicher Entwicklung anschließen und eine Analyse der konkreten politischen Situation vornehmen. So gilt es, bei allen internen Konflikten und Bruchlinien innerhalb der Linken nicht zu vergessen, dass die schärfsten und mächtigsten KritikerInnen der Reformregierungen – wenig überraschend – von rechts kommen: Die US-Außenpolitik finanziert die Opposition, die Medien kritisieren die Regierung und in Honduras und Paraguay waren Staatsstriche schon erfolgreich. Vor Ort ist es eine mächtige Allianz traditioneller Akteure – insbesondere Medien, Agraroligarchie, Finanzkapital, Vermögensbesitzende und eine etablierte Mittelschicht mit ausgeprägtem Standesdünkel –, die Entwicklung wieder auf wenige beschränken wollen. Die mediale Strategie der Spaltung basiert auf der ständigen Doppelbotschaft, die Reformregierungen zum einen in die Nähe eines autoritären Etatismus zu rücken, zum anderen zu kritisieren, sie hätten sich korrupt ans bestehende neoliberale System angepasst.

Obwohl die Reformpolitik in Lateinamerika die kapitalistische Grundstruktur der Gesellschaften nur am Rande – z.B. in Bezug auf die Kontrolle über Bodenschätze und in Ansätzen eines öffentlichen Bankwesens – in Frage stellt, stößt sie trotzdem auf erbitterten und systematischen Widerstand der Eliten. Damit ist Lateinamerikas Linke der europäischen trotzdem um einen Riesenschritt voraus. In Europa fehlt selbst ein kohärentes Bündnis gegen neoliberale Politik, geschweige denn eine politische Bewegung für eine große Transformation. Im folgenden Schlusskapitel wird ein *gutes Leben nicht für wenige, sondern für alle* als utopischer Horizont vorgeschlagen, der all denen Orientierung geben kann, die sich an einer solchen ökologisch-solidarischen Suchbewegung beteiligen wollen.



### **3. Ein gutes Leben für alle: Von der Suchbewegung zum hegemonialen Projekt**

Die Auseinandersetzung darüber, wer in Europa gut leben kann, ist seit langem umkämpft. Im 20. Jahrhundert erreichte die Arbeiterbewegung bei uns für die allermeisten die Teilhabe am bestehenden System. Das Rote Wien und viele andere Experimente auf lokaler und nationaler Ebene sind Teil dieser Geschichte sozialen Fortschritts. Im 21. Jahrhundert wird ein weiterer Schritt nötig sein, der gleichzeitig mutiger und bescheidener ist: Es gilt, das *gute Leben für alle* so zu organisieren, dass es mit den Lebenschancen zukünftiger Generationen, weltweiten Entwicklungschancen für alle und dem Erhalt eines vielfältigen Lebens auf diesem Planeten vereinbar ist. Dies bedeutet einen Systemwechsel, der nicht ohne Widerstand beharrender Kräfte durchsetzbar sein wird. Um so problematischer ist es, dass die Kräfte, die den Neoliberalismus ablehnen, ein Strategieproblem haben. Sozialdemokratie, Grüne und diverse Linksparteien praktizieren, wiewohl mit dem Bestehenden unzufrieden, oftmals Realpolitik ohne utopischen Horizont, die, weil ziellos, keine wesentlichen strukturellen Veränderungen bringt. In der Zivilgesellschaft hingegen träumen nicht wenige vom guten Leben, ohne sich für realpolitische Umsetzungen zu interessieren, und müssen feststellen, dass „machtfreie“ Lebens- und Wirtschaftsbereiche für Kreativität, Subsistenz und Autonomie zunehmend autoritär eingeschränkt werden.

Gefragt ist stattdessen ein Sowohl-als-auch, eine „revolutionäre Realpolitik“ (Haug 2007), die Verbesserungen innerhalb des Bestehenden sowie langfristige Veränderungen von Institutionen und Strukturen.

Eine große Transformation des Produzierens und Lebens ist ein hegemoniales Projekt, das drei wesentliche Fragen klären muss: Gibt es Gestaltungsmöglichkeiten und, wenn ja, auch einen Umsetzungswillen? Welche Bündnisse braucht es in Europa? Was sind die entscheidenden Ansatzpunkte dieser Transformation?

#### **3.1 Gestaltbarkeit und Gestaltungswille**

Jedes wirksame politische Projekt verändert Gesellschaft. Große Transformationen sind deshalb in erster Linie soziale Revolutionen, die Veränderung von Routinen, Arbeitsweisen und Einstellungen, die zu neuen

Lebens- und Produktionsweisen führen. Deshalb darf die Transformation der kapitalistischen Produktionsweise nicht als „großer Wurf“, erzielbar durch eine politische Revolution gedacht werden (Singer 1998: 11). Vielmehr braucht es vielfältige soziale Innovationen, die mit dem Neuen experimentieren. Dies wird oftmals in selbstorganisierten Räumen als Hilfe zur Selbsthilfe angestoßen und ist eine gesellschaftliche Suchbewegung. Neben diesen gesellschaftlichen Initiativen braucht es ganz wesentlich auch die Transformation staatlicher Institutionen – Spitäler und Kindergärten, Schulen und Bahn, Altersheimen und Parks – in wirklich offene und öffentliche Einrichtungen, die von und für Menschen geschaffen werden. Damit alle Menschen gut leben können, braucht es diese Transformation des Staates in ein Gemeinwesen, das allen Zugang und Mitbestimmung ermöglicht.

Europa, ein strukturell auf Expansion ausgerichteter Kontinent, wäre damit vor besondere Herausforderungen gestellt: Es gelte, die Dynamik von Expansion, Wachstum und Beschleunigung einzubremsen und vermehrt das zu würdigen und zu nutzen, was dieser Kontinent an Ressourcen und menschlichen Fähigkeiten besitzt. Eine derartige, mehr an Suffizienz ansetzende Strategie kann von verschiedenen Ansätzen lernen: von dependenztheoretisch inspirierten Ansätzen einer „Self Reliance“ und „autozentrierten Entwicklung“ (siehe Fischer in diesem Heft), aber auch von der aktuellen Kritik an der „expansiven Moderne“ (Welzer 2013: 58) bzw. einem neoliberalen Kapitalismus, in dem sich soziale Beschleunigung, fortgesetzte Aktivierung und die innere Landnahme durchsetzen (Dörre et al. 2009). Dies beinhaltet den Bruch mit dem Neoliberalismus und gleichzeitig einen utopischen Horizont: „Objektiv ist es für ‚reife‘ Kapitalismen an der geschichtlichen Zeit, zu einer nur mehr qualitativen, auf hochtechnologischen Bahnen wachsenden Reproduktionsökonomie überzugehen“ (Haug 2012: 338).

Nach der Schwächung weltwirtschaftlicher Verflechtungen nach 1914 und insbesondere nach der Krise der 1930er Jahre kam es zu einer sozialen Einbettung kapitalistischer Marktwirtschaften, die mit ökologischer Entgrenzung einherging. Im Wohlfahrtskapitalismus war im nationalen Behälterraum die Kontrolle über Geld, Budget und Recht vereint, wodurch sich politischer und wirtschaftlicher Raum stärker überlappten. In Europa verdankte sich dies dem Krieg und dem breit getragenen Willen, nie wieder

Faschismus zu wiederholen. In den USA fanden schon ab den 1930er Jahren ähnliche Prozesse statt: Ein mutiger Präsident, der Druck der Straße und die Systemkonkurrenz mit der Sowjetunion ermöglichten den New Deal – eine Politik der Umverteilung, der Wirtschaftsplanung und der Kapitalverkehrskontrollen. Vor allem letzteres stärkte die nationale Handlungsfähigkeit, weil dadurch Kapitalflucht erschwert wurde. Auch Lateinamerika hat eine Tradition eigenständiger Politikgestaltung (siehe Fischer in diesem Heft). Das Ziel des lateinamerikanischen Strukturalismus waren schon seit den 1950er Jahren größere nationale Handlungsspielräume durch Stärkung des Binnenmarkts und Importsubstitution. Rohstoffexporte sollten zu Deviseneinnahmen führen, die eigenständige Industrialisierung ermöglichen. In den vergangenen zehn Jahren kam es zwar keineswegs zu einer Abkopplung vom Weltmarkt, sondern einem Neoextraktivismus (FDCL/RLS 2012). In Teilbereichen erfolgte trotzdem eine Rückgewinnung von Handlungsspielräumen. Beispiele sind die Beendigung der Dollarkopplung, die Reduktion der Außenschulden und der öffentliche Zugriff auf die natürlichen Ressourcen. Allen voran konnte sich Argentinien – im Unterschied zur gegenwärtigen Entwicklung in Südeuropa – mit einem Gewaltakt des Regierungswechsels, der Abwertung und der Schuldenreduktion in beachtlich kurzer Zeit aus der Depression befreien.

Doch diese Thematik prägt nicht die Diskussion europäischer Intellektueller über politische Gestaltungsmöglichkeiten. In Europa geht es vorrangig um die Frage von „Europäisieren oder Renationalisieren“ und „Euroaustritt oder nicht“. Dabei wird zumeist die Lösung in einer stärkeren politischen Integration gesehen (Beck 2012; Heise 2013), in weniger Nationalismus und „mehr Europa“ – einem Nullsummenspiel nationaler und europäischer Zuständigkeit bei gleichbleibenden politischen Zielsetzungen. Doch ist es das europäische Spezifikum, dass politische Macht in einem „scalar mismatch“ (Martinelli/Novy 2013: 311f) fragmentiert bleibt. Der in den letzten Jahren beschrittene Lösungsweg ist eine Multilevel-Governance, in der EU-Kommission und Europäische Zentralbank auf europäischer Ebene sowie Regierungschefs und Finanzministerien auf nationaler Ebene ihre Entscheidungen abgeschottet von öffentlichen Debatten und dem Zugriff parlamentarischer und anderer demokratischer Mitgestaltungsmöglichkeiten treffen (Oberndorfer 2013). Diese Strategie läuft – ohne es so zu benennen – auf die Bildung eines neuen, zunehmend auto-

ritär geführten europäischen Machtbehälters hinaus, geographisch mit den USA, China, Russland und Indien vergleichbar. Die implizite Annahme ist, dass die getroffenen Entscheidungen bei klaren Entscheidungsstrukturen besser werden. Angesichts der gegenwärtigen Staatsstruktur in Europa mit seiner „strategischen Selektivität“ (Jessop 2008) ist aber vor allem eine Verfestigung neoliberaler Institutionen und Strukturen zu erwarten.

Trotzdem bestehen innerhalb Europas auf allen Ebenen Gestaltungsräume. Statt einer verkürzten Diskussion darüber, welche räumliche Ebene die „beste“ für progressive Politik ist, gilt es, die jeweiligen Potenziale jeder Steuerungsebene zu nutzen. Auf übergeordneter Ebene (Europa, Nation) müssen geeignete Rahmenbedingungen festgelegt werden, vor allem durch eine Geldpolitik und ein Finanzsystem, die gesellschaftlichen Zielen dienen und sich nicht einzig an Bankinteressen orientieren. Weiters braucht es konsequente Maßnahmen gegen Monopole und die Schaffung von Freiräumen für regionale und demokratische Experimente. Wie Keynes 1933 feststellte, ist Zivilisation die Befreiung von ökonomischen Zwängen: „Once we allow ourselves to be disobedient to the test of an accountant’s profit, we have begun to change our civilisation“ (zitiert in Skidelsky/Skidelsky 2012: 218). Wäre es heute in Europa nicht an der Zeit, von Lateinamerikas Verfassungsprozessen zu lernen? Gälte es nicht, die Oberziele „Wettbewerbsfähigkeit“ und „Schuldenbremse“ durch das Verfassungsziel eines *guten Lebens für alle* zu ersetzen? Auch wenn Verfassungen allein noch keine neuen Wirklichkeiten schaffen, wäre eine wesentliche Akzentverschiebung im Umgang mit der aktuellen Krise zu erwarten: weg vom Subventionieren von Banken hin zur Sorge um die explodierende Arbeitslosigkeit und die Zunahme von Säuglingssterblichkeit und Selbstmorden. All dies wäre noch nicht die große Transformation, aber der erste Schritt zu einem Übergang (*transition*) (NEF 2010).

Realpolitisch ist die Skepsis von Becker, Jäger und Weissenbacher (in diesem Heft), was die Umsetzbarkeit einer progressiven europäischen Strategie betrifft, nachvollziehbar: Ein ökosozialer Kurswechsel der EU hin zu einer gemischten Ökonomie, die Privatisierung und Liberalisierung nicht systematisch fördert, würde ähnlich radikale Veränderungen des europäischen Rechts- und Institutionengefüges notwendig machen, wie sie die Nationalstaaten nach 1918 und 1945 – das heißt nach einem langen Krieg und revolutionären Umbrüchen – durchlebten. Doch die

Geschichte kennt auch radikale Veränderungen ohne Krieg und Verwüstung. In Europa ereignete sich ein Systemwechsel nach 1989 ohne Gewalt und auch in Lateinamerika rechnete 1998 niemand mit einem Erodieren der 500-jährigen „Entwicklung der Unterentwicklung“. Gerade deshalb stelle ich im Folgenden dem Pessimismus des Verstandes den Optimismus des Willens entgegen.

### **3.2 Gesellschaftliche Bündnisse**

Der Suchbewegung für ein gutes Leben kann ein Optimismus nicht abgesprochen werden. Ein einendes Band derjenigen, die am guten Leben arbeiten, ist der Blick nach vorne: Die einen erzählen diverse „Gegengeschichten“ einer neuen Elite (Welzer 2013: 254), andere gestalten die „Beziehungen zwischen der Wirklichkeit und der symbolischen Ordnung schöpferisch neu“ (Knecht et al. 2013) und wieder andere sind AnhängerInnen des *buen vivir*, von Degrowth und der Commons-Bewegung. Die Begeisterung für das jeweils eigene Projekt kontrastiert mit einem fehlenden Interesse, die vielfältigen Initiativen zu einem Mosaik zusammenzuführen. Es fehlt ein hegemoniales Projekt, das nicht nur das Ziel – eine Gesellschaft jenseits des Neoliberalismus –, sondern auch die gemeinsamen Schritte und den Übergang zu dieser neuen Ordnung beschreibt.

Hegemonie, das heißt wirksame und dauerhafte Stabilisierung einer Gesellschaftsordnung, ist ein Machtprojekt – „für eine bestimmte Gesellschaft“ und insbesondere „gegen eine bestimmte Ordnung“. Sie muss Menschen überzeugen, begeistern und mobilisieren (Gramsci 1994). Um aber dauerhaft zu werden und sich zu institutionalisieren, braucht es immer auch einen Regierungswechsel. Anders als in den vergangenen 30 Jahren in Europa müsste dieser mit dem Willen zur Veränderung einhergehen, denn neoliberale Eliten treten nicht freiwillig ab. Das taten sie nicht in Lateinamerika, das werden sie auch in Europa nicht tun. Um die Macht der neoliberalen Eliten zu brechen, braucht es ein Bündnis aus sozialen und politischen Bewegungen, Gewerkschaften und Parteien. Dies war in Lateinamerika entscheidend im Kampf gegen die neoliberale Politik der 1980er und 1990er Jahre. Beispielhaft ist die brasilianische Landlosenbewegung, die ihre Autonomie gegenüber dem Staatsapparat und politischen Parteien wahrte, sich in entscheidenden Momenten aber immer auf die Seite der Reformregierung stellte (Stedile 2006; Loureiro/Novy 2012). Sie

praktiziert Autonomie und solidarische Verbundenheit. Im andinen Raum war *buen vivir* am Beginn dieses Jahrhunderts so anerkannt, dass es mit qualifizierten Mehrheiten in Bolivien und Ecuador in den Verfassungsrang gehoben werden konnte.

Das lateinamerikanische Beispiel zeigt aber auch eine Gefahr in diesem Kampf für Veränderung: Kommt es zur Entfremdung von Regierenden und sozialen Bewegungen, gefährdet dies die Wirksamkeit beider. Ein aktuelles Beispiel ist in Brasilien die Massenmobilisierung gegen Fahrpreiserhöhungen, die einerseits erfolgreich war, andererseits zu einem massiven Popularitätsverlust der regierenden Arbeiterpartei PT geführt hat und Neoliberale und Konservative hoffen lässt, die jetzige Präsidentin Dilma Rousseff 2014 abzuwählen. Erfreulich ist, dass Rousseff die Demonstrationen begrüßte und die Anliegen der Bewegung, nämlich besseren öffentlichen Verkehr, bessere Gesundheitsversorgung und gute Bildung für alle, unterstützt. In anderen Ländern, insbesondere in Ecuador, scheint es hingegen zu einer nachhaltigen Entfremdung von Staat und Bewegung gekommen zu sein – und das schadet beiden.

In Europa ist nicht nur das Bündnis aus sozialen und politischen Bewegungen derzeit schwach. Auch die soziale Basis eines linken Projekts ist unklar. Demokratisch erfolgreich kann linke Reformpolitik nur mit einem Bündnis aus Mittel- und Unterschicht sein. In Europa haben insbesondere Sozialdemokratie und Grüne nur schwache Anbindung an die Unterschicht (Walter 2010a, 2010b). In weiten Teilen Europas, insbesondere Nordwesteuropa, ist die Mittelschicht aber zahlenmäßig weiterhin stark (Herrmann 2010). Die stockende neoliberale Akkumulation und die Umverteilung nach oben erhöhen für die Mittelschicht die Gefahr von Abstieg und Ausgrenzung. Die Krise des europäischen Produktionsmodells gefährdet die europäische Lebensweise, wie sie sich als Konsumismus und Sozialstaatlichkeit im 20. Jahrhundert entwickelt hat. Während die politische Rechte als Antwort offen Strategien „für wenige“ propagiert und damit auch einen exkludierenden Umgang mit den physischen Grenzen praktiziert, zeichnet sich die politische Linke teilweise durch eine beachtliche Indifferenz gegenüber den Abstiegsängsten der EuropäerInnen aus, ihrem im Weltmaßstab „Leiden auf hohem Niveau“. Die real existierenden EuropäerInnen erleben diese Entwicklungen aber ambivalent. Sie profitieren insbesondere von den billigen Importen von Konsumgütern. Doch

sie leiden unter steigender Arbeitslosigkeit und gekürzten Sozialbudgets. Jedoch ist die Mittelschicht keine garantierte Bündnispartnerin eines *guten Lebens für alle*. Obwohl weite Teile der Mittelschicht ihre Existenz einem funktionierenden Sozialstaat verdanken, unterstützt ein Teil die Politik derjenigen, die substantielle Vermögen besitzen, das heißt das oberste Prozent bzw. die oberste Promille (Herrmann 2010). Drei Beispiele rund um das gute Leben veranschaulichen diese Ambivalenz der Mittelschicht: Sollen sie sich für gute öffentliche Schulen einsetzen oder sich nicht länger dafür interessieren, weil die eigenen Kinder schon in Privatschulen gehen? Sollen sie den Ausbau von öffentlichem Verkehr und Radfahrwegen unterstützen, auch wenn dies Annehmlichkeiten des Autofahrens einschränkt? Soll sie Vermögenssteuern und eine höhere Einkommenssteuerprogression unterstützen? Gerade hier bräuchte es eine Suchbewegung, Kreativität und Vernunft, damit die Antworten auf diese Fragen zu Lösungen „für alle“ führen.

### **3.3 Ansatzpunkte für die große Transformation**

Das vorgeschlagene hegemoniale Projekt basiert auf zumindest fünf Pfeilern, die auf verschiedenen räumlichen Ebenen unterschiedlich wirksam umgesetzt werden können: Erstens und grundsätzlich braucht es demokratisch verhandelte Prioritätensetzungen in einem sorgenden Staat basierend auf dem „nurturant parent model“ (Lakoff 2008: 81). Dies beinhaltet ethische Bewertungen von Konsum und Produktion, ohne in planwirtschaftlichen Zwang zu verfallen (Skidelsky/Skidelsky 2012: 193). Ein demokratisches Gemeinwesen hat ja nicht nur das Recht, sondern die Aufgabe, eine ressourcenschonende, stärker regionalisierte Produktions- und Lebensweise zu institutionalisieren. Demokratische Budgeterstellungsprozesse können dies unterstützen, indem sie neue Prioritäten öffentlicher Mittelverwendung festlegen und dazu innovative Formen von Beteiligung und Wissen nutzen (Leubolt et al. 2009). Von entscheidender Wichtigkeit ist in Europa eine demokratische Debatte darüber, wie privater Reichtum für öffentliche Aufgaben genutzt werden kann.

Zweitens braucht es eine neue ökologisch-solidarische Produktionsweise mit ökologisch-sensiblen Hightech-Sektoren, einer neuen ökologischen Infrastruktur und dem großen Bereich der Sorge-Ökonomie. Alle diese Bereiche weisen mehr oder weniger starke Tendenzen zu Sozialisie-

rung, Kleinräumigkeit und Mitsprache auf und erfordern massive staatliche Unterstützung: zur Koordinierung, Planung und Förderung von Kooperation. Das gilt nicht nur für das Internet und die Wissensökonomie, sondern auch für den Energiesektor. Doch nicht nur im Netz wird dieses Potenzial für Emanzipation und Ganzheitlichkeit immer auch von Staat und Kapital vereinnahmt. So wird erneuerbare Energie sowohl dezentral (wie mit vielfältigen Modellen von BürgerInnenkraftwerken und Energiegenossenschaften in Deutschland) als auch durch Konzerne zentralisiert (wie in England und Spanien) bereitgestellt (Haas/Sander 2013). Auch im Bildungs- und Pflegebereich stehen kommunale und öffentliche Anbieter, Freiwilligenarbeit, Solidarökonomie und Dritter Sektor neben rein kommerziellen Betrieben. Es wird an geschickten Rahmensetzungen und strategischen politischen Allianzen liegen, ob diese Zukunftsbranchen ihr progressives Potenzial „für ein gutes Leben“ und „für alle“ entfalten können.

Drittens geht es um neue Formen des Arbeitens. Die Vier-in-einem-Perspektive von Frigga Haug (2008) präsentiert ein feministisches Modell des Arbeitens, ausgehend von einer radikalen Lohnarbeitszeitverkürzung und einer neuen Balance des Arbeitens: vier Stunden pro Tag Erwerbsarbeiten, vier Stunden mit sozialer, politischer und Eigenarbeit, sprich Tätigkeiten für sich selbst, verbringen. Dies revolutioniert den Leistungsbegriff, denn „LeistungsträgerInnen“, die 60 Stunden erwerbstätig sind, entpuppen sich in diesem Modell als MinderleisterInnen in der Pflege alter Menschen, der ehrenamtlichen Tätigkeit bei der Feuerwehr oder der Mitarbeit in NGOs und Parteien. Sorgearbeit wird aufgewertet, Arbeit wird gerecht verteilt und ist gleichzeitig sinn- und lustvoll.

Viertens braucht es eine gute öffentliche Infrastruktur und öffentliche Dienstleistungen für Bildung, Gesundheit, Pflege, Wohnen, öffentlichen Verkehr und öffentliches Kreditwesen. Eine qualitativ hochwertige Reproduktionsökonomie beinhaltet ein öffentliches Angebot an Freizeitmöglichkeiten, wie Naturräume, Sport- und Kulturangebote, die die hohen finanziellen und ökologischen Kosten der Erholungssuche in der Ferne verringern. Zu diesen Angeboten gehören weiters Infrastrukturunternehmen in kommunaler und öffentlicher Hand, die Ausweitung der Commons, lokale Genossenschaftsbanken und öffentliche Banken.



Fünftens geht es um eine Prioritätenumkehr weg von der neomerkantilistischen Außenorientierung, deren wirtschaftspolitisches Oberziel ist, Exportüberschüsse zu erzielen. Dies führt zu sozialer Beschleunigung durch ständig verschärfte Konkurrenz, die keine Zeit lässt, sich mit dem eigentlichen Ziel von Entwicklung, eben dem guten Leben, zu beschäftigen. Eine Stärkung und Ausweitung des Binnenmarkts und der Eigenständigkeit bedeutet keine Abschottung vom Weltmarkt, sondern eine bewusste Gestaltung der Weltmarktintegration Europas, einhergehend mit selektiven Schutzmechanismen, die ökologisch und sozial wichtige Industriesektoren stärken und ressourcensparende, kleinräumige und nicht-kommerzielle Lebens- und Arbeitsformen ermöglichen. Das sind vor allem Zölle, die Sozial- und Umweltdumping durch Konzerne verhindern, und Kapitalverkehrskontrollen. Eine regionale Kreislaufwirtschaft entsteht nicht ohne politische Unterstützung. Selektive Gestaltung der Weltmarktintegration unter Berücksichtigung ökologischer Grenzen ist die Vollen- dung eines historischen Projekts der demokratisch organisierten Einbet- tung der Ökonomie in Gesellschaft und Natur (Lipietz 1998).

Sich auf diese Aufgaben im eigenen Haus Europa zu konzentrieren, wäre der wichtigste Beitrag Europas zur Weltentwicklung. Das ist schon ambitioniert, hat dieser Kontinent doch in seiner expansiven Geschichte dem Rest der Welt – neben technischem und sozialem Fortschritt – viel Leid, Krieg und Ausbeutung gebracht. Statt die abnehmende Bedeutung am Weltmarkt mit unwirksamen Mitteln zu bekämpfen, ginge es darum, die Herausbildung einer wahrhaft multipolaren Welt zur Kenntnis zu nehmen und sich den Aufgaben zuzuwenden, die sich bei uns aus Über- fluss und Ungleichheit ergeben. Im besten Fall könnten sich in einem poli- tisch unterstützten Suchprozess solidarische und ökologische Alternativen für *gutes Leben in Europa und weltweit* entwickeln. Vielleicht findet Europa so eine neue Rolle als Partnerin für globale Verantwortung.

## Literatur

- Acosta, Alberto (2013): Vom guten Leben. Der Ausweg aus der Entwicklungsideo-  
logie. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 2/2013, 91-97.
- Apeldoorn, Bastiaan van/Drahokoupil, Jan/Horn, Laura (Hg., 2009): *Contradictions and limits of neoliberal European Governance*. Hampshire: Palgrave Macmillan.
- Arrighi, Giovanni (2005a): Hegemony unravelling – 1. In: *New Left Review* 32, 23-80.
- Arrighi, Giovanni (2005b): Hegemony unravelling – 2. In: *New Left Review* 33, 83-116.
- Arrighi, Giovanni (2008): *Adam Smith in Beijing – Lineages of the Twenty-First Century*. London: Verso.
- Balibar, Étienne (1993): *Die Grenzen der Demokratie*. Hamburg: Argument.
- Beck, Ulrich (2012): *Das europäische Europa. Neue Machtlandschaften im Zeichen der Krise*. Berlin: Suhrkamp.
- Bloch, Ernst (1959): *Das Prinzip Hoffnung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bobbio, Norberto (1994): *Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung*. Berlin: Wagenbach.
- Boff, Clodovis (1984): *Theologie und Praxis. Die erkenntnistheoretischen Grundlagen der Theologie der Befreiung*. München: Kaiser.
- Brand, Ulrich (2012a): Green Economy and Green Capitalism: Some Theoretical Considerations. In: *Journal für Entwicklungspolitik* 28 (3), 118-137.
- Brand, Ulrich (2012b): Semantiken radikaler Transformation. In: *Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis* 3/2012, 112-117.
- Brenner, Neil/Peck, Jamie/Theodore, Nik (2005): Neoliberal urbanism: cities and the rule of markets. DEMOLOGOS WP1 Discussion Papers. <http://demologos.ncl.ac.uk/wp/wp1/disc.php>, 29.7.2013.
- Candeias, Mario (2012): Was ist sozialistisch am grünen Sozialismus? In: *Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis* 3/2012, 6-15.
- Cardoso, Fernando Henrique (1993): *As Idéias e seu Lugar*. Petrópolis: Vozes.
- Colson, Charles W./Fickett, Harold (2005): *The good life*. Wheaton: Tyndale House.
- Cornia, Giovanni Andrea (2012): Inequality Trends and their Determinants – Latin America over 1990–2010. In: *Working Paper 2012/09*. <http://www.wider.unu.edu/stc/repec/pdfs/wp2012/wp2012-009.pdf>, 17.6.2012.
- Crouch, Colin (2004): *Post-Democracy*. Cambridge: Polity Press.
- Daiber, Birgit (2012): Contradictory Transitional Experiences of Progressive Governments in Latin America: The Context of this Special Issue. In: *Journal für Entwicklungspolitik* 28 (3), 7-15.
- Dörre, Klaus/Lessenich, Stephan/Rosa, Hartmut (Hg., 2009): *Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Dunford, Michael/Yeung, Godfrey (2010): Towards global convergence: Asian dynamism and the elusive quest for western growth from the Fordist to the financial crisis and after. [http://www.geog.sussex.ac.uk/research/eggd/egge/pdf/Towards\\_global\\_convergence.pdf](http://www.geog.sussex.ac.uk/research/eggd/egge/pdf/Towards_global_convergence.pdf), 19.3.2011.
- Escobar, Arturo (2008 [1992]): Die Hegemonie der Entwicklung. In: Fischer, Karin/Hödl, Gerald/Sievers, Wiebke (Hg.): *Klassiker der Entwicklungstheorie*. Wien: Mandelbaum, 263-279.
- Esping-Andersen, Gøsta (o.J.): Equality with a Happy Bourgeoisie. The Social Democratic Road to Equality. <http://dcpis.upf.edu/~gosta-esping-andersen/materials/equality.pdf>, 22.3.2013.
- Fatheuer, Thomas (2011): *Buen Vivir. Eine kurze Einführung in Lateinamerikas neue Konzepte zum guten Leben und zu den Rechten der Natur*. Schriften zur Ökologie 17. Berlin: Heinrich Böll Stiftung.
- FDCL/RLS (Hg., 2012): *Der neue Extraktivismus. Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika*. Berlin: FDCL.
- Fiori, José Luís (1995): *O vôo da coruja. Uma leitura não-liberal da crise do estado desenvolvimentista*. Rio de Janeiro: EdUERJ.
- Gramsci, Antonio (1994): *Gefängnishefte, Band 6*. Hamburg: Argument.
- Gudynas, Eduardo (2012): *Buen Vivir. Das gute Leben jenseits von Entwicklung und Wachstum*. Berlin: Rosa Luxemburg Stiftung.
- Haas, Tobias/Sander, Hendrik (2013): „Grüne Basis“. *Grüne Kapitalfraktionen in Europa – eine empirische Untersuchung*. Berlin: Rosa Luxemburg Stiftung.
- Hartwig, Mervin (2007): concrete utopianism. In: Hartwig, Mervin (Hg.): *Dictionary of Critical Realism*. Oxon: Routledge, 74-75.
- Harvey, David (1985): The Geopolitics of Capitalism. In: Gregory, Derek/Urry, John (Hg.): *Social Relations and Spatial Structures*. London: Macmillan, 128-163.
- Harvey, David (2005): *A Brief History of Neoliberalism*. Oxford: Oxford University Press.
- Haug, Frigga (2007): *Rosa Luxemburg und die Kunst der Politik*. Hamburg: Argument.
- Haug, Frigga (2008): *Die Vier-in-einem-Perspektive: Politik von Frauen für eine neue Linke*. Hamburg: Argument.
- Haug, Wolfgang Fritz (2012): *Hightech-Kapitalismus in der großen Krise*. Hamburg: Argument.
- Hayek, Friedrich August (1978): *The Constitution of Liberty*. Chicago: University of Chicago Press.
- Heise, Arne (2013): Auf den Ruinen des Neoliberalismus. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 3/2012, 33-36.
- Herrmann, Ulrike (2010): *Hurra, wir dürfen zahlen. Der Selbstbetrug der Mittelschicht*. Frankfurt am Main: Westend.
- Hooge, Liesbet/Marks, Gary (2010): Types of multi-level governance. In: Enderlein, Henrik/Wältli, Sonja/Zürn, Michael (Hg.): *Handbook of Multi-level Governance*. Cheltenham: Edward Elgar, 17-31.

- Jackson, Tim (2009): Prosperity without growth – Economics for a finite planet. London: Earthscan.
- Jessop, Bob (2007): Kapitalismus – Regulation – Staat. Hamburg: Argument.
- Jessop, Bob (2008): State Power – A strategic-relational approach. Cambridge: Policy Press.
- Judt, Tony (2010): Ill fares the land. London: Penguin Group.
- Knecht, Ursula/Krüger, Caroline/Markert, Dorothee/Moser, Michaela/Mulder, Anne-Claire/Praetorius, Ina/Roth, Cornelia/Schrupp, Antje/Trenkwald-Egger, Andreas (2013): ABC des guten Lebens. Rüsselsheim: Christel Götttert.
- Krastev, Ivan (2013): Die Logik des Zerfalls. Demokratie und die Krise der europäischen Demokratie. In: Transit – Europäische Revue 43, 6-16.
- Lakoff, George (2008): The Political Mind. A Cognitive Scientist's Guide to Your Brain and Its Politics. New York: Penguin.
- Lander, Edgardo (2012): The State in the Current Processes of Change in Latin America: Complementary and Conflicting Transformation Project in Heterogeneous Societies. In: Journal für Entwicklungspolitik 28 (3), 74-94.
- Leubolt, Bernhard/Novy, Andreas/Becker, Joachim (2009): Changing Patterns of Participation in Porto Alegre. In: International Social Science Journal 59 (193-194), 435-448.
- Lipietz, Alain (1998): Grün – Die Zukunft der politischen Ökologie. Wien: Promedia.
- Loureiro, Isabel/Novy, Andreas (2012): Landlosenbewegung. In: Haug, Wolfgang Fritz/Haug, Frigga/Jehle, Peter/Küttler, Wolfgang (Hg.): Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus, Band 8. Hamburg: Argument, 649-664.
- Martinelli, Flavia/Novy, Andreas (2013): Urban and regional development trajectories between path-dependency and path-shaping: structures, institutions, discourses and agency in contemporary capitalism. In: Martinelli, Flavia/Moulaert, Frank/Novy, Andreas (Hg.): Urban and Regional Development Trajectories in Contemporary Capitalism. Oxon: Routledge, 284-315.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1986): Manifest der Kommunistischen Partei. MEW 4. Berlin: Dietz, 459-493.
- NEF (2010): The Great Transition. A tale of how it turned out right. London: NEF.
- Novy, Andreas (2000): Wird alles anders? Überlegungen zu Krise und Beharrung. In: Kurswechsel 4/2000, 6-20.
- Novy, Andreas (2008): Die Rückkehr des Entwicklungsstaates in Brasilien. In: Das Argument 50 (276), 361-373.
- Novy, Andreas (2012): Preliminary Reflections on an eco-social civilisation model for the 21<sup>st</sup> century. In: Ensaïos FEE 33 (1), 27-44.
- Novy, Andreas/Lengauer, Lukas (2008): Analysing development to shape the future. SRE-Discussion Paper 2008/07. [http://iir-hp.wu-wien.ac.at/sre-disc/sre-disc-2008\\_07.pdf](http://iir-hp.wu-wien.ac.at/sre-disc/sre-disc-2008_07.pdf), 21.3.2013.
- Nussbaum, Martha C. (1999): Gerechtigkeit oder Das gute Leben. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Oberndorfer, Lukas (2013): Vom neuen, über den autoritären, zum progressiven Konstitutionalismus? Pakt(e) für Wettbewerbsfähigkeit und die euroOECD (2011): Divided we stand: Why inequality keeps rising. Paris: OECD.
- Peck, Jamie (2008): Remaking laissez-faire. In: Progress in Human Geography 32 (1), 3-43.
- Pochmann, Márcio (2012): Nova Classe Média? O trabalho na base da piramide social brasileira. São Paulo: Boitempo.
- Polanyi, Karl (1978): The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Roosevelt, Franklin D. (1937): Second Inaugural Speech. [http://en.wikisource.org/wiki/Franklin\\_Roosevelt%27s\\_Second\\_Inaugural\\_Address%3E](http://en.wikisource.org/wiki/Franklin_Roosevelt%27s_Second_Inaugural_Address%3E), 29.7.2013.
- Rosa, Hartmut (2009): Kapitalismus als Dynamisierungsspirale – Soziologie als Gesellschaftskritik. In: Dörre, Klaus/Lessenich, Stephan/Rosa, Hartmut (Hg.): Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 87-125.
- Sen, Amartya (1999): Development as Freedom. Oxford: Oxford University Press.
- Singer, André (2009): Raizes Sociais e ideológicas do Lulismo. In: Novos Estudos CEBRAP 85, 83-102.
- Singer, Paul (1998): Uma utopia militante. Petropolis: Editora Vozes.
- Skidelsky, Robert/Skidelsky, Edward (2012): How much is enough? Money and the good life. New York: Other Press.
- Stedile, João Pedro (2006): Sair da crise com a energia do povo. In: Guimarães, Juarez (Hg.): Leituras da crise: Diálogos sobre o PT, a democracia Brasileira e o socialismo. São Paulo: Fundação Perseu Abramo, 141-191.
- Svampa, Maristella (2012): Resource Extractivism and Alternatives: Latin American Perspectives on Development. In: Journal für Entwicklungspolitik 28 (3), 43-73.
- Theodore, Nik/Peck, Jamie (2012): Framing neoliberal urbanism: Translating „commonsense“ urban policy across the OECD zone. In: European Urban and Regional Studies 19 (1), 20-41.
- UNDP (2013): The Rise of the South: Human Progress in a Diverse World. Human Development Report 2013. New York: UNDP.
- Walter, Franz (2010a): Geld oder Grün? Kleine Parteiengeschichte der besserverdienenden Mitte in Deutschland. Bielefeld: transcript.
- Walter, Franz (2010b): Vorwärts oder abwärts? Zur Transformation der Sozialdemokratie. Berlin: Suhrkamp.
- Welzer, Harald (2013): Selbst Denken. Eine Anleitung zum Widerstand. Frankfurt am Main: Fischer.
- Wilkinson, Richard/Pickett, Kate (2010): The Spirit Level – Why equality is better for everyone. London: Penguin Books.

## Abstracts

Der Artikel untersucht Möglichkeiten eines öko-solidarischen Entwicklungsmodells für Europa unter Rückgriff auf lateinamerikanische Theorien und Erfahrungen. Die Argumentation erfolgt gemäß des didaktischen Dreischritts von Ist-Soll-Tun. In einem ersten Schritt wird die spezifisch dysfunktionale neoliberale Regulation in Europa analysiert, die Chancen für emanzipatorische Strategien eröffnet. In einem zweiten Schritt wird das gute Leben für alle als konkrete Utopie vorgestellt, die aus Lateinamerika inspiriert ist. Diese Utopie polarisiert Bewegungen, Klassen und Lösungsansätze vor allem dann, wenn es um die Entscheidung geht, ob das gute Leben „für wenige“ oder „für alle“ verwirklicht werden soll. In einem dritten Schritt werden die Herausforderungen für eine pluralistische Suchbewegung, die eine große Transformation umsetzen soll, untersucht.

This article analyses the potentialities of an eco-solidarian development model for Europe by mobilising theories and experiences from Latin America. The argument is based on a didactical analysis in three parts: Is-Should-Do. In a first step, the dysfunctional neoliberal regulation in Europe will be analysed. In a second step, the good life for all is presented as a concrete utopia, inspired from Latin America. This utopia polarizes movement, classes and proposals especially with respect to a decision on whether the good life shall be realized „for the few“ or „for all“. In a third step, the challenges for a pluralistic search movement to implement this great transformation will be analysed.

Andreas Novy  
Institut für Regional- und Umweltwirtschaft  
Wirtschaftsuniversität Wien  
andreas.novy@gbw.at